

Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966)

Von Ulrich Lappenküper

»Funktionale Integration« der Volkswirtschaften des ganzen freien Europa

Als Ludwig Erhard¹ am 16. Oktober 1963 zum zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, trat in der Fortführung der Bonner Europapolitik kein Kurswechsel, aber eine Klimaveränderung ein. Gewiss, die Vorstellungen des neuen Regierungschefs über die Gestaltung einer freien europäischen Ordnung² wiesen durchaus Berührungspunkte mit denen seines Vorgängers auf. Wie Konrad Adenauer³ begriff Erhard Europa als geistige Einheit; beide erkannten, dass der Subkontinent seine Rolle als politischer Mittelpunkt der Welt nach 1945 verloren hatte, dass seine Kräfte nicht ausreichten, um sich vor äußerer Bedrohung zu schützen. Übereinstimmend meinten sie, die politisch-wirtschaftliche Organisation Europas müsse den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Einmütig vertraten sie die Auffassung, man könne dessen Einigung nicht ohne Lösung der »deutschen Frage« erreichen.

1 Zu Person und Politik Erhards vgl. Michael K. CARO, *Der Volkskanzler Ludwig Erhard*, Köln–Berlin 1965; Klaus HILDEBRAND, *Ludwig Erhard, 1897–1977*, in: Lothar GALL (Hg.), *Die großen Deutschen unserer Epoche*, Berlin 1985, S. 368–378; Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München–Landsberg am Lech 1996; Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen–Zürich 1986; Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*. Aus dem Amerikanischen von Eva Bornemann, Düsseldorf–Wien 1965.

2 Ulrich LAPPENKÜPER, »Ich bin ein wirklich guter Europäer«. *Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966*, in: *FRANCIA* 18/3 (1991), S. 85–121; DERS., *Die Europapolitik Ludwig Erhards*, in: Günter RINSCHKE (Hg.), *Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, Köln–Weimar–Wien 1997, S. 37–45; Horst WÜNSCHE, *Wirtschaftliche Interessen und Prioritäten. Die Europavorstellungen von Ludwig Erhard*, in: Rudolf HRBEK/Volker SCHWARZ (Hg.), *40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag, Dokumentation der Konferenz anlässlich des 90. Geburtstages von Dr. h.c. Hans von der Groeben*, Baden–Baden 1998, S. 36–49.

3 Winfried BAUMGART, *Adenauers Europapolitik 1945–1963*, in: RINSCHKE (wie Anm. 2), S. 13–36; Ulrich LAPPENKÜPER, *Adenauer, die CDU/CSU und Europa 1949–1963*, in: Jean Paul CAHN/Henri MÉNUDIER/Gérard SCHNEILIN (Hg.), *L'Allemagne et la construction de l'Europe (Questions de Civilisation)*, Paris 1999, S. 123–137.

Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer und Europa*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 471–523; Werner WEIDENFELD, *Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers*, Bonn 1976.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten unterschieden sich die Europakonzeptionen beider Staatsmänner in ihren Grundprinzipien wie in ihren Zielen fundamental: Anders als Adenauer besaß Erhard ein äußerst schwieriges Verhältnis zur Macht, betrachtete sie als »gefährlich« und »brutal«.⁴ Außerdem erblickte er nicht in der Politik, sondern in der Wirtschaft das »Schicksal«.⁵ Überzeugt von dem Erfolg der von ihm kreierten sozialen Marktwirtschaft, sah er die Lösung der Weltprobleme daher in der Verwirklichung eines von Protektionismus befreiten Welthandels, beruhend auf einer offenen »Partnerschaft aller freien Nationen«⁶.

Als die europäische Einigung Anfang der fünfziger Jahre Schwung bekam, meldete der Bundeswirtschaftsminister trotz seiner Zustimmung im Prinzipiellen nicht unerhebliche Bedenken an. Den »Schuman-Plan« bezeichnete er als »wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen Integration Westeuropas«, warnte indes vor einer Reglementierung der Montanindustrie.⁷ Der von den Niederlanden im Rahmen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) angelegten Zollunion brachte er massive Vorbehalte entgegen.⁸ Dass Adenauer sich im Zeichen der »relance européenne« Mitte der fünfziger Jahre einem institutionellen Integrationsansatz verschrieb, missfiel ihm, weil er supranationalen Behörden nicht zutraute, die von den Nationalstaaten abgetretenen Kompetenzen effektiv einzusetzen. Die Beschränkung auf bestimmte Sektoren bzw. auf einige wenige Staaten passte ihm nicht, da sie in seinen Augen einer »Atomisierung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen« den Weg bereitere.⁹ Und anders als Adenauer glaubte Erhard auch nicht an den »spill-

4 Rede Erhards vor der Handelshochschule St. Gallen, 15. Jan. 1962, in: Walter HOCH (Hg.), *Ludwig Erhard. Wirken und Reden*, Ludwigsburg 1966, S. 166–185, hier S. 179.

5 Rede Erhards vor der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 21. April 1948, in: DERS., *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf–Wien–Frankfurt/M. 1962, S. 38–61, hier S. 60.

6 J.M. LUKOMSKI (wie Anm. 1), S. 182.

7 Erhard an Adenauer, 11. Dez. 1950, in: *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963*, hg. von Horst MÖLLER und Klaus HILDEBRAND [BDFD], Bd. 2, bearb. von Andreas WILKENS, München 1997, S. 647–650, hier S. 648.

8 Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949–1958*, in: Ludolf HERBST/Werner BÜHRER/Hanno SOWADE (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990, 335–370; Ulrich LAPPENKÜPER, *Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963, Habilitationsschrift Universität Bonn 1998, Kap. III.2.1 u. III.2.2 passim.

9 Studie Erhards, März 1955, in: BDFD Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 712–728, hier S. 723. Vgl. Ulrich ENDERS, *Integration oder Kooperation? Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit über die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954–1956*. Dokumentation, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 143–171; Tim GEIGER, *Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, in: R. HRBEK/V. SCHWARZ (Hg.), *40 Jahre* (wie Anm. 2), S. 50–64; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von EWG- und EFTA-Gründung 1956–1958*, in: Rainer HU-

over-Effekt« zwischen der ökonomischen Einigung und der politischen Integration.¹⁰ Seine europapolitische Zauberformel lautete »funktionale Integration« der Volkswirtschaften des ganzen freien Europa: ein alle demokratischen Staaten des Kontinents umfassendes ökonomisches System, in dem die Regierungen nicht dem Diktat einer supranationalen Administration unterworfen, sondern durch sein inneres Ordnungsgefüge zur Kooperation geführt würden.¹¹

Als die sechs EGKS-Staaten im Sommer 1955 Beratungen über einen Gemeinsamen Markt und eine Vergemeinschaftung der europäischen Atomindustrie aufnahmen,¹² plädierte Erhard für ein großeuropäisches Freihandelsystem ohne gemeinsamen Außentarif.¹³ Dass der Kanzler die Integration mit den Nachbarn vor allem als »Sprungbrett« benutzte, »um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen«,¹⁴ konnte der Bundeswirtschaftsminister nicht nachvollziehen. Zwar beugte er sich 1956 dem Beschluss des Bundeskabinetts zur Einleitung von Regierungsverhandlungen über die Errichtung einer Wirtschafts- und Atomgemeinschaft.¹⁵ Doch widerrief er seine Zustimmung, als Frankreich Sonderkonzessionen durchzusetzen versuchte und Großbritannien die Gründung einer Freihandelszone (FHZ) anregte.¹⁶ Mit dem

DEMANN/Hartmut KAEUBLE/Klaus SCHWABE (Hg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert. Bewusstsein und Institutionen*, München 1995, S. 203–239; DERS., *Walter Hallstein und die Verhandlungen über die Römischen Verträge 1955–1957*, in: Wilfried LOTH/William WALLACE/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?* Bonn 1995, S. 81–105; U. LAPPENKÜPER, »Erbfeindschaft« (wie Anm. 8), Kap. IV.2.1 u. IV.2.2; Sven SEEFELDT, *Zur Genesis des europapolitischen Denkens Ludwig Erhard. Die Jahre 1955–1957*, in: Werner SCHOLZ (Hg.), *Aspekte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen (1945–1957)*, Leipzig 1993, S. 63–90.

10 Rede Erhards vor dem Europa-Wirtschaftstag in Hannover, 3. Mai 1963, in: HOCH (wie Anm. 4), S. 229–246, hier S. 245 f.

11 Rede Erhards vor dem Klub »Les Echos« in Paris, 7. Dez. 1954, in: DERS., *Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 5), S. 253–259, hier S. 253; s. a. ders. an Adenauer, 13. Nov. 1954, in: BDFD Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 383 f.; H. WÜNSCHE (wie Anm. 2), S. 38 f.

12 Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden–Baden 1982; Peter WEILEMANN, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM (1955–1957)*, Baden–Baden 1993.

13 Artikel Erhards, in: *Deutsche Korrespondenz*, 21. Juli 1955, auch in: Ludwig ERHARD, *Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften*, hg. von Karl Hohmann, Düsseldorf–Wien–New York 1988, S. 442–445.

14 Adenauer an Erhard, 13 April 1956, in: *Adenauer. Briefe 1955–1957*, bearb. von Hans-Peter MENSING (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, hg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ, Bd. 6), Berlin 1998, S. 184–189, hier S. 189.

15 Erhard an von Brentano, 26. Mai 1956, in: BDFD (wie Anm. 7), Bd. 1, bearb. von Ulrich LAPPENKÜPER, München 1997, S. 598–601.

16 Erhard an Adenauer, 25. Sept. 1956, in: BDFD Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 806–811; ders. an Hallstein, 2. Okt. 1956, in: ebd., S. 817–822; ders. an von Brentano, 4. Okt. 1956, im Auszug in: ebd., S. 823–825.

»bürokratisch manipulierten Europa«¹⁷ der 1957 unterzeichneten Römischen Verträgen wollte er nichts zu tun haben.

Nachdem ihm sein engagierter Einsatz für die FHZ nicht entlohnt worden war,¹⁸ appellierte Erhard Ende der fünfziger Jahre mit breiter innenpolitischer Unterstützung leidenschaftlich für einen »Brückenschlag« zwischen der EWG und der entstehenden Kleinen Freihandelszone (EFTA), namentlich zu Großbritannien.¹⁹ Geradezu euphorisch begrüßte er 1961 den Wunsch der Briten nach einem EWG-Beitritt²⁰ und die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy um einen liberalisierten Welthandel. Entrüstet beobachtete er, wie Adenauer sich aus Misstrauen gegenüber der angelsächsischen Entspannungspolitik und Verärgerung über die den Europäern verweigerte Mitsprache in der Nuklearpolitik der NATO²¹ auf ein Programm zur klein-europäisch-politischen Zusammenarbeit mit Frankreich einließ und nach dem Scheitern dieser Bestrebungen im Januar 1963 eine Zweier-Allianz mit Charles de Gaulle schloss.²²

Erhard befürwortete die deutsch-französische Versöhnung als Eckpfeiler europäischer Einigkeit nur unter der Voraussetzung, dass sie eingebettet sei in ein »sich weitendes [...] Europa [...] in engster Verbindung zu der atlantischen Welt«.²³ Als de Gaulle die britische EWG-Mitgliedschaft Ende Januar torpedierte,²⁴ unterstellte er ihm, die Deutschen genauso unter sein Joch zu zwingen, wie Hitler es dreißig Jahre zuvor mit den Europäern getan ha-

17 Erhard an Etzel, 16. Nov. 1956, in: ebd., S. 833–836, hier S. 835.

18 Gabriele BRENKE, *Europakonzeptionen im Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956–1958*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 595–633; H.J. KÜSTERS, *Europapolitik* (wie Anm. 9); U. LAPPENKÜPER, »*Erbfeindschaft*« (wie Anm. 8), Kap. IV.2.3 u. V.2.1.

19 Interview Erhards mit dem Westdeutschen Rundfunk, 5. Juli 1959, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* [Bulletin] 1959, S. 1225 f., hier S. 1226; Ludwig ERHARD, *Europäische Missverständnisse*, in: *Europäische Integration* 1 (1959), S. 3–8.

20 Erhard an Macmillan, 14. Aug. 1961, in: *Bulletin* 1961, S. 1473; Ansprache dess. im Quai d'Orsay, 10. Okt. 1961, in: L. ERHARD, *Gedanken* (wie Anm. 13), S. 709–711.

21 Christoph HOPPE, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966*, *Nuclear History Program (NHP)*, Baden–Baden 1993; U. LAPPENKÜPER, »*Erbfeindschaft*« (wie Anm. 8), Kap. V.3.2 u. V.3.3; Dieter MAHNCKE, *Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970*, Berlin–New York 1972.

22 Robert BLOES, *Le »Plan Fouchet« et le problème de l'Europe politique*, Brügge 1970; U. LAPPENKÜPER, »*Erbfeindschaft*« (wie Anm.8), Kap.V.2.3 u. V.4.2; *Du Plan Fouchet au Traité franco-allemand de janvier 1963*, in: *Revue d'Allemagne* 29 (1997), H.2.

23 Ludwig-Erhard-Stiftung [L-E-S], Nachlass [NL] Erhard, NE 96, Ansprache Erhards auf der 14. Spielwarenmesse in Nürnberg, 9. Febr. 1963.

24 Wolfgang HÖLSCHER, *Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen*, in: Rainer A. BLASIUS (Hg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 9–44.

be.²⁵ Zwar lehnte der Wirtschaftsminister es ab, sich für ein Konstruktives Misstrauensvotum gegen den Kanzler zur Verfügung zu stellen.²⁶ Er verlangte aber, das Freundschaftsabkommen »in unmissverständlicher Form vor jeder falschen Deutung« zu befreien.²⁷ Mit großer Genugtuung registrierte Erhard, wie der Deutsche Bundestag das Ratifikationsgesetz im Mai mit einer Präambel versah, die ein klares Bekenntnis zur europäischen Einigung und zur atlantischen Partnerschaft beinhaltete.²⁸ Adenauers Bestreben, mit Hilfe des Elysée-Vertrags ein neues »Kraftzentrum«²⁹ auf dem Kontinent zu errichten, war fehlgeschlagen. Die Union fühlte sich von den Visionen des alten Herrn aus Rhöndorf überfordert und folgte nun dem Mann vom Tegerensee. Den »Kampf ums Kanzleramt«³⁰ hatte Erhard gewonnen, der Streit um die europapolitische Orientierung der Partei ging gleichwohl weiter.

»Neue Aktivität in der politischen Formierung Europas«

Ludwig Erhard übernahm die Amtsgeschäfte zu einer Zeit, als die internationalen Beziehungen einen tiefgreifenden Wandel durchliefen. Der Ost-West-Konflikt verlor seine Brisanz. Unterhalb des sowjetisch-amerikanischen Duopols bildete sich eine neue Staatengesellschaft mit multipolarem Charakter heraus. Das nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditiert wirkende Nationalstaatsdenken erlebte eine Renaissance. Sicherheits-, europa- und deutschlandpolitisch steckte in dieser Entwicklung für die Bundesrepublik ein erhebliches Gefahrenpotential: Die Verteidigung durch die in Fernost engagierten Amerikaner wirkte unsicher; das Problem der Teilung drohte aus dem Blickfeld der Verbündeten zu entgleiten.³¹

25 Horst OSTERHELD, »Ich gehe nicht leichten Herzens ...«. *Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*, Mainz 1986, S. 197; Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 716 f.

26 D. KOERFER (wie Anm. 25), S. 722 f.; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 824.

27 Bundesarchiv Koblenz [BA], NL von Brentano, Bd. 239, Erhard an von Brentano, 1. März 1963, im Auszug in: D. KOERFER (wie Anm. 25), S. 732–734.

28 Oliver BANGE, *English, American, and German Interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963*, in: Gustav SCHMIDT (Hg.), *Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft. Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika 1955–1963*, Bochum 1995, S. 225–280; U. LAPPENKÜPER, »Erbfeindschaft« (wie Anm. 8), Kap. V.4.3; Matthias SCHULZ, *Die politische Freundschaft Jean Monnet – Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die 'Präambel' zum Elysée-Vertrag von 1963*, in: Andreas WILKENS (Hg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 299–327.

29 Zitiert nach: H. OSTERHELD, »Ich gehe ...« (wie Anm. 25), S. 208, Tb. 4.4.1963.

30 D. KOERFER (wie Anm. 25).

31 Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart–Wiesbaden 1984, S. 99.

Der »Volkskanzler«³² mit »Charisma without Authority«³³ war sich dieser Tatsachen durchaus bewusst. In seiner Regierungserklärung vom 18.10.1963 betonte er die Sicherheitspartnerschaft zu den USA und pries Frankreich als unentbehrlichen Partner der deutschen Europapolitik. Darüber hinaus verpflichtete er sich dazu, »durch neue Aktivität in der politischen Formierung Europas Fortschritte zu erreichen«; denn der von den Römischen Verträgen vorgesehene Abbau der nationalen Zuständigkeiten müsse im Aufbau einer »europäischen politischen Gestalt mit parlamentarisch demokratischer Verantwortung eine Entsprechung« finden.³⁴ Gelingen konnte ihm dies nur, wenn er eine doppelte Aufgabe meisterte: innenpolitisch den Streit in den Unionsparteien CDU und CSU zwischen den zeitgenössisch so genannten »Atlantikern« und »Gaullisten« beizulegen³⁵ und außenpolitisch insbesondere Frankreich für sein Vorhaben zu gewinnen. »Es gibt hier keine Alternative«, so skizzierte er das schwierige Verhältnis zu den wichtigsten deutschen Bündnisgenossen, »nicht ein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch.« Geradezu »größtenwahnsinnig« wäre es zu glauben, Deutschland könne eine Mittlerfunktion zwischen Frankreich und den USA spielen.³⁶

De Gaulle begegnete Erhard trotz dessen unrühmlicher Rolle während der parlamentarischen Beratungen über den Elysée-Vertrag ohne Arg. Er zählte ihn zwar zu den Transatlantikern in der Bundesrepublik, sah darin aber kein Hindernis für ein gedeihliches Miteinander.³⁷ Mit dem Kanzler einen Neuanfang in der Zusammenarbeit der Sechsergemeinschaft zu wagen, dazu verspürte der General nach dem Fehlschlag der Fouchet-Pläne 1962 indes nur wenig Neigung. Sein europapolitisches Hauptinteresse richtete sich vielmehr auf die Umsetzung des vom EWG-Ministerrat beschlossenen Aufbaus eines Gemeinsamen Agrarmarktes sowie eines dafür notwendigen Finanzierungs-

32 M. K. CARO (wie Anm. 1).

33 Geoffrey PRIDHAM, *Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945–1976*, London 1977, S. 145.

34 Regierungserklärung Erhards, 18. Okt. 1963, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte* [BT, Sten. Ber.], Bd. 53, S. 4192–4208, hier S. 4197.

35 Günter BUCHSTAB, *Zwischen »Zauber und Donner«. Die CDU/CSU und de Gaulle*, in: Wilfried LOTH/Robert PICT (Hg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991, S. 95–107; Klaus HILDEBRAND, »Atlantiker« versus »Gaullisten«. *Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre*, in: *Revue d'Allemagne* 22 (1990), S. 583–592; zur Problematik dieser Terminologie Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996, S. 184–188.

36 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965*, bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1998, S. 524–536, hier S. 530.

37 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 20. Nov. 1963, in: Alain A. PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. 2: »La France reprend sa place dans le monde«, Paris 1997, S. 246 f.

systems.³⁸ Ende Juli 1963 hatte de Gaulle mit dem Untergang der EWG gedroht, falls nicht binnen Jahresfrist der Abschluss bestimmter Marktordnungen sowie Maßnahmen zur Angleichung der Getreidepreise verwirklicht würden.³⁹

Erhard nahm diese Warnung sehr ernst. Den 31. Dezember 1963 betrachtete er geradezu als »heiliges Datum« der Franzosen.⁴⁰ An die Möglichkeit einer Harmonisierung der Preise durch eine Erhöhung des französischen glaubte er nicht, weil sie die inflationären Tendenzen in Frankreich noch schüren würde.⁴¹ Entsprechend konzilient machte er sich Ende November auf den Weg nach Paris. Erhard empfand diesen ersten Antrittsbesuch, der ihn bewusst an die Seine, nicht an den Potomac führte,⁴² als eine Reise ins Ungewisse. »Ich verstehe de Gaulle nicht ganz«, ließ er sich wenige Tage zuvor in der Fraktion vernehmen; »denn was er für Europa will, ist ganz klar, und was er für Frankreich will, kann ich mir in etwa vorstellen, aber dazu braucht er nicht nur Deutschland, sondern dazu braucht er auch andere europäische Länder.« Das Streben nach nationaler Selbständigkeit dürfe nicht dazu führen, dass die Integration in der EWG und der NATO gebremst werde.⁴³

Die Begegnungen verliefen nicht unharmonisch. Man erzielte eine gewisse Einigung über die Agrarprobleme; und Erhard gelang es, de Gaulle für seinen Plan zur Lancierung einer Europainitiative einzunehmen. Zögerlich stimmte der Präsident der Anregung des Kanzlers zu, ein Treffen der sechs Regierungschefs zur Bekundung eines »originären politischen Wille[ns]« anzuberaumen.⁴⁴ Obwohl das anschließende Gespräch über die transatlantische Part-

38 Hans VON DER GROEBEN, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966)*, Baden–Baden 1982, S. 148–156; Ulrich WEINSTOCK, *Probleme und Perspektiven der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG*, in: *Europa-Archiv* 1963, S. 721–728.

39 Pressekonferenz de Gaulles im Elysée, 29. Juli 1963, in: Charles DE GAULLE, *Discours et Messages*, Bd. 4, Paris 1970, S. 128–130. Zur Agrarpolitik de Gaulles vgl. Hélène DELORME, *La France et le marché commun agricole*, in: Joël RIDEAU/Pierre GERBET/Maurice TORRELLI/Roger-Michel CHEVALLIER (Hg.), *La France et les Communautés européennes*, Paris 1975, S. 609–634.

40 Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad Adenauer Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn [ACDP], CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 3. Dez. 1963.

41 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 525.

42 Pressekonferenz Erhards, 3. Dez. 1963, im Auszug in: *Bulletin* 1963, S. 1889 f.

43 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 526.

44 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 21. Nov. 1963, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Mechthild LINDEMANN und Ilse Dorothee PAUTSCH, [AAPD 1963], München 1994, S. 1455–1464, hier S. 1463.

nerschaft erhebliche Meinungsunterschiede offenbarte,⁴⁵ waren sie am Ende des Rendezvous nicht unzufrieden. Erhard fühlte sich darin bestätigt, die Freundschaft mit Frankreich pflegen zu müssen: »sonst gibt es kein Europa«.⁴⁶ Und de Gaulle lobte seinen Gast als durchaus vertrauenswürdigen Protagonisten der bilateralen Verständigung, hielt ihn freilich im Umgang mit den atlantisch orientierten Bonner Politikern wie Schröder für schwach.⁴⁷ Tatsächlich saß mit dem anglophilen Außenminister, der Frankreich nicht mochte, aber gern »ein deutscher De Gaulle« sein wollte,⁴⁸ ein ausgesprochener Gegner einer stärkeren europäischen Integration im Kabinett. Nicht der Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit, sondern eine »Politik der Bewegung« in der »deutschen Frage« stand im Mittelpunkt seines Interesses.⁴⁹

Auf Widerstände stieß der Kanzler freilich nicht nur beim Chef des Auswärtigen Amtes, sondern auch bei seinem Landwirtschaftsminister. Schwarz sträubte sich vehement gegen die Festlegung der europäischen Agrarordnungen bis zum Jahresende und erweckte damit in Paris den Eindruck, als sei auf das Wort des Kanzlers kein Verlass.⁵⁰ De Gaulle sah sich daher Mitte Dezember dazu genötigt, den deutschen Botschafter zu sich zu bestellen und die Einhaltung angeblich gemachter Zusagen anzumahnen.⁵¹

Obwohl die deutschen Landwirte gegen die drohenden Einkommenseinbußen heftig protestierten,⁵² stimmte Erhard daraufhin wohl auch auf »Drängen des Adenauer-Flügels« in der Partei⁵³ »erhebliche[n finanziellen] Konzessionen«⁵⁴ von seiten der Bundesrepublik zu, um eine Übereinkunft des EWG-Ministerrates sicherzustellen. Mit der kurz vor dem Jahreswechsel getroffenen Vereinbarung gewann Frankreich zwar nur einen Mechanismus, dessen Handhabung der Zukunft überlassen war, und die Getreidepreisangleichung blieb

45 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 21. Nov. 1963, in: AAPD 1963, S. 1465–1470.

46 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 3. Dez. 1963.

47 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 27. Nov. 1963, in: A. PEYREFITTE, *C'était de Gaulle* (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 249.

48 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 18. März 1966.

49 K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 83–92. u. S. 187–202; Mechthild LINDEMANN, *Die Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsverträge und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten*, in: BLASIUS (wie Anm. 24), S. 45–96.

50 Unterredung zwischen Erhard und de Margerie vom 10. Dez. 1963, in: AAPD 1963, S. 1611–1614.

51 Unterredung zwischen de Gaulle und Klaiber vom 21. Dez. 1963, in: AAPD 1963, S. 1667 f.

52 *Süddeutsche Zeitung*, 7. Nov. 1963; *Die Welt*, 7. Dez. 1963.

53 H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 26), S. 886; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 456.

54 BA, NL Carstens, Bd. 652, Aufzeichnung betr. Europäische Gemeinschaft, o.D.

offen,⁵⁵ doch konnte de Gaulle das Ergebnis als Teilerfolg verbuchen. Aber auch Erhard fühlte sich als Gewinner. Ein »guter Kompromiss«⁵⁶ habe dem Integrationsprozess einen »bedeutenden Fortschritt« gebracht. Der Europagedanke sei gefestigt, die Aussichten für die Politische Union und die sog. »Kennedy-Runde« zum Abbau der weltweiten Handelshindernisse gebessert.⁵⁷ In eindrucksvoller Weise hatte der Kanzler damit jene Methode offenbart, mit der er den Weg zur Einigung Europas glaubte ebnen zu können: Im Sinne eines »do-ut-des« gedachte er durch Zugeständnisse in der für Frankreich vitalen Agrarfrage de Gaulles Unterstützung für sein Projekt der »Vereinigten Staaten von Europa«⁵⁸ zu »erkaufen«. War der Präsident aber wirklich bereit und willens, auf dieses Geschäft einzugehen?

Im Gespräch mit Heinrich Krone, dem Bundesminister für besondere Aufgaben, bekundete de Gaulle Anfang 1964 sein Interesse an einer politischen Organisation Europas, durch die die Außen- und Verteidigungspolitik vergemeinschaftet und die Verantwortlichkeit der Regierungen gewahrt würden. Alles müsse sich »langsam entwickeln«.⁵⁹ Die Forderung nach Supranationalität und die Verschmelzung eines Großbritannien umfassenden europäischen Zusammenschlusses mit der Atlantischen Gemeinschaft, so unterstrich er wenig später auf einer Pressekonferenz, seien inakzeptabel; »aucun des peuples de l'Europe n'admettrait de confier son destin à un aréopage principalement composé d'étrangers«.⁶⁰ Vor allem kam es ihm darauf an, den Elysée-Vertrag zu aktivieren.⁶¹

Erhard hielt sich diesbezüglich bedeckt und legte statt dessen in diesen Tagen in einem außenpolitischen Rechenschaftsbericht vor dem Deutschen Bundestag noch einmal seine Motive für einen europapolitischen Neubeginn dar. Abermals brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die wirtschaftliche Integration nicht ausreiche, um ein politisches Europa entstehen zu lassen. Es bedürfe vielmehr eines originär politischen Willens, wenn man sich nicht bloß mit einer technokratischen Gemeinschaft begnügen wolle. Außer-

55 Aufzeichnung Jansen, 23. Dez. 1963, in: AAPD 1963, S. 1667 f.; BA, NL Carstens, Bd. 622, Vertretung bei der EWG und EURATOM an AA, 30. Dez. 1963; ebd., Lahr an Schröder, St. 14/64, 4. Jan. 1964; Hans-Broder KROHN/Hans-Helmut WÄCHTER, *Der gemeinsame Getreidepreis in der EWG*, in: *Europa-Archiv* 1964, S. 19–26.

56 BA, NL Carstens, Bd. 622, Jansen an Schröder, 23. Dez. 1963.

57 BA, NL Carstens, Bd. 622, Lahr an Schröder, 4. Jan. 1964; s. a. ebd., Bd. 549, Carstens an Schröder, 29. Febr. 1964.

58 Ansprache Erhards vor der »Presse Diplomatique« in Paris, 22. Nov. 1963, in: *Bulletin* 1963, S. 1829 f. u. S. 1832, hier S. 1830.

59 ACDP, NL Krone, I–028–005/5, Unterredung zwischen de Gaulle und Krone im Januar 1964.

60 Pressekonferenz de Gaulles, 31. Jan. 1964, in: DERS., *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 162–182, hier S. 177.

61 L-E-S, NL Erhard, I.2) 17, de Gaulle an Erhard, 2. Jan. 1964 (Übersetzung).

dem stellte sich ihm die Frage nach der letzten Verantwortung, wenn die Staaten immer mehr Rechte abgäben, ohne zu wissen, wem sie die Kompetenzen übertrügen. Die Kommission sei nicht imstande, diese Verantwortung im staatsrechtlichen, politischen und demokratisch-parlamentarischen Sinne zu übernehmen; dem Ministerrat fiele es zunehmend schwerer, seine Funktion als Brücke zwischen der Kommission und den nationalen Regierungen zu erfüllen.⁶² Erhard befürwortete die Überwindung der Nationalstaaten, machte aber keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass der »Verwaltungskörper« der Kommission nicht zur europäischen Exekutive aufsteigen könne.⁶³

In der Bundesregierung stießen seine Forderungen auf ein kritisches Echo. In einem intern nicht unumstrittenen »Stufenplan zur europäischen Einigung« schlug das Auswärtige Amt zunächst die Regelung der offenen Fragen, sodann den Abschluss eines Vertrages über eine Politische Union mit Kompetenzen für die Außen-, Verteidigungs-, Kultur- und Jugendpolitik, nicht aber für die Wirtschaftspolitik vor.⁶⁴ Vom Endziel eines föderativen Zusammenschlusses mochte das Amt nicht abrücken; es war aber bereit, sich als Zwischenstufe mit der Kooperation zu begnügen.⁶⁵

Um die Chancen für eine europapolitische Initiative zu erkunden, begann Erhard Mitte Januar eine Rundreise durch die Hauptstädte der Sechsergemeinschaft und nach London. Europa, so betonte er an der Themse, könne nur dann eine Rolle in der Weltpolitik spielen, falls es »ein Europa der Freien und Gleichen«⁶⁶ sei, eine Gemeinschaft freier und ungeachtet ihrer Größe und Macht gleichberechtigter Staaten. Die Briten signalisierten Wohlwollen, mochten jedoch angesichts der bevorstehenden Unterhauswahlen vorerst keine Entscheidungen treffen.⁶⁷ Da die Niederlande und Italien ihre Beteiligung als *conditio sine qua non* auffassten,⁶⁸ schien die Europadebatte beendet, bevor sie begonnen hatte. Erhard ließ sich jedoch nicht entmutigen, flüchtete in Beschwö-

62 Regierungserklärung Erhards, 9. Jan. 1964, in: BT, Sten. Ber., Bd. 54, S. 4840–4849.

63 L-E-S, NL Erhard, NE 274, Rede Erhards vor der Europa-Union Deutschlands, 13. April 1964.

64 »Stufenplan zur europäischen Einigung«, 23. Jan. 1964, in: AAPD 1964, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER und Daniel KOSTHORST, München 1995, S. 118–120.

65 BA, B 136, Bd. 3963, Aufzeichnung des AA, 17. Jan. 1964.

66 Tischrede Erhards in London, 15. Jan. 1964, im Auszug in: *Bulletin* 1964, S. 95. Nach eigenen Angaben hat Erhard diesen zentralen Terminus seiner Europapolitik erstmals in einer Rede vor der Universität Oslo am 23. Mai 1958 verkündet (L-E-S, NL Erhard, NE 399, Ansprache Erhards vor der Europabewegung in Oslo, 30. Aug. 1966).

67 Unterredung zwischen Erhard und Douglas-Home vom 15. Jan. 1964, in: AAPD 1964, S. 45–49; Deutsch-britische Regierungsbesprechung vom 16. Jan. 1964, in: ebd., S. 67–70.

68 Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung vom 2./3. März 1964, in: AAPD 1964, S. 280–286 u. S. 290; Unterredung zwischen Erhard und Moro vom 27. Jan. 1964, in: ebd., S. 132–140; Deutsch-italienische Regierungsbesprechung vom 27./28. Jan. 1964, in: ebd., S. 140–143.

rungsformeln⁶⁹ und stellte klar, dass der Beginn der Beratungen über die politische Einheit Europas nicht von der Teilnahme der Briten abhängig sein dürfe.⁷⁰ Doch die geplante Regierungschefkonferenz scheiterte an der Haltung Roms,⁷¹ und ein von Bonn gestarteter Versuch, das Treffen in Brüssel stattfinden zu lassen, reüssierte ebenfalls nicht.⁷² Erhards Vorstoß war zumindest »zu früh« gekommen.⁷³ Ein europäischer Bundesstaat, wie er ihn propagierte, hatte keine Chance, solange Frankreich jeglichen Souveränitätsverzicht ablehnte. Selbst ein Staatenbund konnte nicht zustande kommen, weil de Gaulle an ihm nur teilzunehmen bereit war, wenn England ausgeschlossen, Frankreichs Vormachtstellung gesichert und die Abhängigkeit von den USA beseitigt würde.

Als de Gaulle das deutsch-französische Arbeitstreffen Mitte Februar dazu nutzte, um für ein einiges Europa mit deutsch-französischem Kern zu werben, bat Erhard um Verständnis für Großbritannien und beschwor die Furcht der Kleinen in der EWG vor einer Bevormundung durch die Großen.⁷⁴ Im Kampf um die Zuneigung seiner Partei wertete er es als Beweis einer »vertieften Freundschaft«, mit dem Staatspräsidenten eine so freimütige Aussprache führen zu können.⁷⁵ Gleichzeitig aber gab er zu, dass ihm Europa »wirklich Sorge« bereite, weil de Gaulle von europäischer Wirtschaftspolitik »wirklich keine Ahnung« habe.⁷⁶ Für Adenauer war das Hekuba. Seines Erachtens ging es nicht um Wirtschaft, sondern um Macht, um die Frage, wer in Europa die Leitung wahrnehme: Frankreich oder Großbritannien.⁷⁷ Doch dies waren nicht die Kategorien, in denen Erhard dachte. Es passe ihm nicht, wenn von Führung die Rede sei, meinte er trocken. Sein Europa sei das »der Gleichen und der Freien«⁷⁸.

69 L-E-S, NL Erhard, NE 1552, Interviews Erhards mit dem Deutschlandfunk, 28. Jan. 1964; Unterredung zwischen Erhard und Erlander vom 9. März 1964, in: AAPD 1964, S. 324–326.

70 L-E-S, NL Erhard, NE 1554, Teegespräch Erhards, 14. Jan. 1964; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Jan. 1964.

71 *Rheinischer Merkur*, 13. März 1964.

72 Unterredung zwischen Erhard und Mitgliedern der EWG-Kommission vom 24. April 1964, in: AAPD 1964, S. 482; L-E-S, NL Erhard, NE 1554, Ansprache Erhards vor dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, 1. Juni 1964; BA, B 136, Bd. 6408, Osterheld an Erhard, 2. Juli 1964.

73 *Handelsblatt*, 31. Jan. 1964, s. a. *Neue Zürcher Zeitung*, 28. Febr. 1964.

74 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 14. Febr. 1964, in: AAPD 1964, S. 203–215; Unterredung zwischen dens. vom 15. Febr. 1964, in: ebd., S. 237; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 15. Febr. 1964, in: ebd., S. 248–250.

75 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 25. Febr. 1964, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 609.

76 L-E-S, NL Erhard, NE 335, Kanzler-Tee mit Erhard, 20. Febr. 1964.

77 Erklärung Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 25. Febr. 1964, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 621 f.

78 Erklärung Erhards im CDU-Bundesvorstand, 25. Febr. 1964, in: ebd., S. 624.

Mit solchen Glaubensbekenntnissen geriet er innenpolitisch unter zunehmenden Druck. »Es darf nicht sein, dass der neue Bundeskanzler in seiner eignen Partei mehr Opposition hat als bei anderen. Das ist doch miserable [sic!]«, hatte der Kanzler die Christdemokraten kurz nach seiner Ernennung ermahnt.⁷⁹ Den Meinungsstreit über die deutsche Außenpolitik konnte er damit nicht beheben. Seit Anbeginn seiner Amtszeit sorgten sich seine Kritiker um die Verständigung mit Frankreich.⁸⁰ Zunächst richteten sich ihre Verdächtigungen gegen den Außenminister, der sich in der Außenpolitik über die Richtlinienkompetenz des Kanzlers hinwegzusetzen schien.⁸¹ Nun verdichteten sich die Anzeichen, Erhard ließe sich von Schröder »einfangen«.⁸² Die Stagnation in der Europapolitik brachte auch jene in der Union gegen ihn auf, die – wie von Brentano – nicht als Anhänger des deutsch-französischen Bilateralismus gelten konnten. Besorgt um einen neuen Nationalismus, wandte sich der schwerkranke Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Anfang Mai an den Kanzler und empfahl, de Gaulle mit einer intensiveren Anwendung des Elysée-Vertrags auf den richtigen Weg zu führen.⁸³ Zur selben Zeit mobilisierte der Chef der CSU, Strauß, seine Partei gegen den ihm missliebigen Außenminister und verlangte ein Gespräch mit Erhard.⁸⁴ Der Kanzler wiegelte zunächst ab,⁸⁵ doch der CSU-Vorsitzende ließ sich nicht beirren; letztlich ging es auch ihm darum, die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs zu beschneiden.⁸⁶ Als dann auch noch eine deutsch-französische Abgeordnetengruppe die Bundesregierung nach einer konspirativen Sitzung verlangte, zur Verwirklichung einer europäischen Konföderation beizutragen,⁸⁷ konnte sich der Kanzler dem Treffen mit seinen Kritikern nicht mehr entziehen. Ende Mai lud er sie in sein Haus am Tegernsee, gab sich betont konzilient, machte aber keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass hinsichtlich der europäischen Union »keine strahlenden Erfolge zu erzielen« seien.⁸⁸ »Schlüssel zu jeder europäischen

79 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 22. Okt. 1963.

80 ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Knapstein, 2. Jan. 1964; vgl. R. MARCOWITZ, (wie Anm. 35), S. 177-182.

81 L-E-S, NL Erhard, NE 276, Hohmann an Staatssekretär, 24. Jan. 1964.

82 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 19. Jan. 1964; s. a. ebd., CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 21. Jan. 1964.

83 L-E-S, NL Erhard, I.2) 14, von Brentano an Erhard, 11. Mai 1964; ebd., ders. an dens., 22. Mai 1964; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 189.

84 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8. Mai 1964.

85 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Erhard an Strauß, 16. April 1964; ebd., I.2) 14, ders. an von Brentano, 14. Mai 1964.

86 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 15. Mai 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 489.

87 Johannes BAUER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969. Aspekte der Entwicklung nach Abschluss des Vertrages vom 22. Januar 1963*, Diss. Bonn 1980, S. 242.

88 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 25. Mai 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 489 f.

Lösung«, so erklärte er vor der Fraktion, sei Frankreich.⁸⁹ Bei seinen innerparteilichen Gegnern setzte sich in den nächsten Wochen dennoch der Eindruck fest, der bisher als gemäßigter »Atlantiker« eingeschätzte Kanzler und auch sein Staatssekretär Westrick seien wenig frankreichfreundlich.⁹⁰ Erhard sah de Gaulle offenbar auf die Zweier-Union mit Deutschland fixiert und unterstellte ihm, die »französische Hegemonie in Europa« anzustreben.⁹¹

»Ein Europa, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten«

Entsprechend sorgenvoll erwarteten die Bonner »Gaullisten« das nächste deutsch-französische Regierungstreffen, das für den 3./4. Juli terminiert war. Mit Unmut registrierten Adenauer, Krone, Strauß und die Fraktionsführung die europapolitische Passivität Erhards und Schröders,⁹² obwohl der Ruf nach einer Politischen Union zunehmend lauter erschallte.⁹³ Nur mit Mühe konnten sie die Regierungsspitze dafür gewinnen, die Schaffung eines Arbeitsausschusses für die europäische Einigung als deutschen Vorschlag einzubringen.⁹⁴ Aus Verärgerung über das magere Ergebnis meinte Adenauer, den Druck auf Erhard noch erhöhen zu müssen. In einer unmittelbar vor der Ankunft de Gaulles veröffentlichten Rede drängte der CDU-Vorsitzende den Kanzler dazu, endlich das deutsch-französische Verhältnis zu befruchten.⁹⁵ Stunden später heizte er die angespannte Atmosphäre weiter an, indem er dem General im vertraulichen Tête-à-tête die »historische Aufgabe an der Spitze Europa« zuwies, Westeuropa gegenüber der Sowjetunion zu immunisieren. Ja, der Altbundeskanzler befürworte sogar eine von den USA unabhängige Europapolitik.⁹⁶

Auf de Gaulle wirkten diese Worte wie Labsal, war er doch über die jüngste Entwicklung der bilateralen Beziehungen sehr enttäuscht. Die Deutschen hatten sich aus seiner Sicht in die Abhängigkeit der Amerikaner begeben und waren dabei, Europa in ein Protektorat umzuwandeln.⁹⁷ Nachdem er Erhard

89 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 23. Juni 1964.

90 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 26. Juni 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 498.

91 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 3./4. Juli 1964.

92 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 30. Juni 1964.

93 BA, B 136, Bd. 3963, Aufzeichnung Müller-Armack, 25. Juni 1964; ebd., Lang an Staatssekretär, 3. Juli 1964.

94 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 30. Juni 1964; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 26), S. 888.

95 J. BAUER (wie Anm. 87), S. 253 f.

96 Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 3. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 749–755, hier S. 750.

97 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 23. Juni 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 257.

wegen des Meinungsaustausches mit Adenauer zwanzig Minuten hatte warten lassen,⁹⁸ warf er der Bundesregierung einen proamerikanischen Kurs vor und forderte sie zur Mitwirkung an einem bilateralen Zusammenschluss als Kern einer späteren europäischen Föderation auf. Von dem ihm angebotenen deutsch-französischen Arbeitsausschuss hielt er nicht viel. Erhard lehnte die Zweier-Union mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Beteiligung aller EWG-Staaten entschieden ab. Als der Präsident auf die Force de frappe zu sprechen kam, bohrte der Kanzler nach, ob Frankreich der Bundesrepublik ein Verfügungsrecht einräumen würde. De Gaulles Antwort ließ trotz aller Windungen keinen Zweifel: Solange Europa keine verteidigungspolitische Identität besaß und nicht über eine Regierung verfügte, blieb die französische Atomstreitkraft allein einem nationalen Kommando unterstellt.⁹⁹ Als er das Bundeskabinett in der Plenarsitzung am 4. Juli mit einem grandiosen Plädoyer für die deutsch-französische Zusammenarbeit aufzurütteln versuchte, kam es zum Eklat: Erhard wusste nichts zu erwidern und schwieg.¹⁰⁰ So blieb am Ende lediglich der Kompromiss, dass die Bundesrepublik den Partnern neue Vorschläge zur »Herbeiführung eines einigen Europas und einer gemeinsamen europäischen Politik auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet« unterbreiten sollte.¹⁰¹

Ungeachtet des Fiaskos charakterisierte Erhard die Visite mit den ihm eigenen wolkigen Worten als ein »redliches Bemühen um glückliche Lösungen«. ¹⁰² De Gaulle kaschierte seine »Missstimmung«¹⁰³ vor der Presse mit den Worten, Frankreich arbeite mit keinem anderen Land »so vorbehaltlos, so organisiert und so intensiv« zusammen wie mit der Bundesrepublik.¹⁰⁴ De

98 *Der Spiegel*, 1964, Nr.28, S. 21; A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 258, Tb. 3. Juli 1964.

99 Sein gegenüber Carstens angeblich unterbreitetes Angebot einer deutschen Beteiligung erscheint auf dem gegenwärtigen Stand der Quellen als äußerst fragwürdig (Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 3. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 713–723; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 3. Juli 1964, in: ebd., S. 738–749; Unterredung zwischen Carstens und de Gaulle vom 4. Juli 1964, in: ebd., S. 766–768; Unterredung zwischen de Gaulle und Erhard vom 4. Juli 1964, in: ebd., S. 768–777; Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard (1963–1966). Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 94–100; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 498–507; Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, S. 273–275.

100 Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 4. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 777–787; ACDP, NL Krone, I–028–076/1, Tb. Krone, 3./4. Juli 1964; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 98 f.; Hermann KUSTERER, *Der Kanzler und der General*, Stuttgart 1995, S. 417–420.

101 Presseerklärung von Hases, 4. Juli 1964, in: *Bulletin* 1964, S. 1001.

102 Zitiert nach: *Der Spiegel*, 1964, Nr.28, S. 17.

103 Klaiber an AA, 10. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 808–811, hier S. 811.

104 Zitiert nach: *Sonntagsblatt*, 12. Juli 1964.

facto war er entrüstet: »Je suis resté vierge«, beklagte er sich zum Abschied bei Adenauer.¹⁰⁵ Im Conseil des Ministres wettete er, Erhard schwanke zwischen Amerika und Europa; eine gemeinsame Politik sei bis auf weiteres ausgeschlossen.¹⁰⁶ Sollte es beim nächsten Mal wieder keine Übereinstimmung geben, werde Frankreich sich nach Russland wenden.¹⁰⁷

Die aus einer Pariser Quelle in Bonn kolportierte Meldung, de Gaulle habe Erhard zur Option zwischen Frankreich und den USA gezwungen,¹⁰⁸ ließ die zur Schau gestellte Eintracht umgehend verfliegen. Der innenpolitische Streit über die Ausrichtung der Bonner Außenpolitik gewann eine bis dahin nicht bekannte Schärfe¹⁰⁹. Nachdem Erhard auf einer Skandinavientour erneut sein »Europa der Gleichen und der Freien«¹¹⁰ propagiert hatte, stellte Strauß im Journalistengespräch abermals die Richtlinienkompetenz in Frage¹¹¹ und nahm sich vor, auf dem nahenden Landesparteitag der CSU eine Aktivierung der Europapolitik anzumahnen. Adenauer riet ihm vereint mit Krone von jeglicher Schärfe ab,¹¹² kündigte aber selbst in mehreren Zeitungsinterviews an, er werde fortan sein Gewicht als Parteivorsitzender stärker zur Geltung bringen.¹¹³ In der Entourage Erhards schrillten die Alarmglocken. »Brunnenvergifter« schienen seine Abwesenheit auszunutzen, um »alle Puppen« tanzen zu lassen und den Dolch zu schleifen. »Adenauer und Strauß an der Spitze, die Gaullisten gegen die edlen Atlantiker.«¹¹⁴ Der Kanzler reagierte mit der öffentlichen Warnung vor »Scheinlösungen, durch die Ordnung von Teilbereichen«,¹¹⁵ brachte die Partei aber nicht zur Ruhe. Auf dem Landesparteitag führte Strauß unverhohlenen Klage über den europapolitischen Stillstand und betonte die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Vor-Union für den Fall, dass eine Föderation noch nicht zu realisieren sei.¹¹⁶

105 Zitiert nach: H.-P.SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 26), S. 888.

106 Conseil des Ministres, 7. Juli 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 260.

107 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 7. Juli 1964, in: ebd., S. 260–263.

108 *Der Spiegel*, 1964, Nr.29, S. 23.

109 R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 190–194.

110 L-E-S, NL Erhard, NE 1545, Ansprache Erhards im Deutschen Fernsehen, 6. Juli 1964; s. a. Tischrede des in Kopenhagen, 8. Juli 1964, in: *Bulletin* 1964, S. 1043 f.

111 *Der Spiegel*, 1964, Nr. 29, S. 19; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 508.

112 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8. Juli 1964.

113 Interview Adenauers mit *France Soir*, 9. Juli 1964; Interview dess. mit *Bild-Zeitung*, 9. Juli 1964.

114 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8./9. Juli 1964.

115 L-E-S, NL Erhard, NE 1545, Ansprache Erhards im Deutschen Fernsehen, 6. Juli 1964.

116 L-E-S, NL Erhard, NE 403, Rede von Strauß auf dem CSU-Landesparteitag, 10. Juli 1964, im Auszug in: *Archiv der Gegenwart* [AdG] 1964, bearb. von Heinrich von SIEGLER, Bonn–Wien–Zürich o.J., S. 11334; zur Europakonzeption von Strauß vgl. DERS., *Entwurf für Europa*, Stuttgart 1966, bes. S. 7–30 u. 117–134; DERS., *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 418–422 u. S. 424–434.

Nach seiner Rückkehr aus dem hohen Norden verteidigte sich der Kanzler mit der unhaltbaren Behauptung, der General habe ihm tatsächlich die Optionsfrage gestellt.¹¹⁷ In einem Grußwort an die CSU pochte er auf seine verfassungsmäßigen Rechte und wich nicht einen Millimeter von seinen europapolitischen Axiomen. »Wir wollen«, so rief er seinen Widersachern zu, »[...] ein ›Europa der Freien und der Gleichen«, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten; wir wollen ein Europa, in dem die Völker in Bewahrung ihres Erbes zu neuer kultureller Entfaltung kommen, ein Europa, das seine wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zusammenfügt, um seiner politischen und humanitären Aufgabe gleichermaßen gerecht werden zu können.«¹¹⁸

Aus der Sicht seine Kritiker goss er mit diesen Ausführungen, die er mit seinen Beratern offenbar nicht abgesprochen hatte,¹¹⁹ noch »Öl ins Feuer«¹²⁰. Das Schreckgespenst der »Fronde« und der »Dolchstoßlegende« ging in der Union um.¹²¹ In dem einen oder anderen Kopf spukte bereits die Gefahr eines neuen Kulturkampfes. »Es sind die Schwarzen, die zu Frankreich stehen; die Atlantiker, das sind die freien Geister«, notierte Krone mit beißender Ironie in seinem Tagebuch.¹²² Zwar wurde Erhards Politik per Kabinettsbeschluss bestätigt,¹²³ gleichwohl gaben sich seine Gegner aus der wachsenden Furcht vor einem Pariser Schwenk nach Moskau nicht geschlagen.¹²⁴ Selbst von Brentano warnte Erhard davor, die Partnerschaft mit Frankreich als selbstverständlich zu betrachten.¹²⁵

Solchermaßen unter Druck gesetzt, traf sich der Kanzler am 20.7. abermals mit den Spitzen der Union und pflichtete einer sorgfältigen Prüfung der vorgebrachten Anregungen zur Europapolitik bei; doch seine Kritiker blieben skeptisch, ob der Riss zu de Gaulle noch gekittet werden könne.¹²⁶ Ihr Eindruck bestätigte sich auf dramatische Weise, als der General wenige Tage später öffentlich die Idee einer »Europe européenne« entwickelte, »qu''elle existe par elle-même et pour elle-même, autrement dit qu'au milieu du monde elle

117 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 10. Juli 1964.

118 Rede Erhards auf dem CSU-Landesparteitag, 12. Juli 1964, in: DERS., *Gedanken* (wie Anm. 13), S. 875–893, hier S. 882.

119 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 23. Juli 1964.

120 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 12./13. Juli 1964.

121 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 16. Juli 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 509.

122 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 21. Juli 1964.

123 *Die Welt*, 11. Juli 1964; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Juli 1964.

124 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 16. Juli 1964; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 103 f. mit Anm. 26.

125 L-E-S, NL Erhard, I.2) 14, von Brentano an Erhard, 15. Juli 1964.

126 L-E-S, NL Erhard, NE 276, Hohmann an Westrick, 20. Juli 1964, nebst Anlage; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 20. Juli 1964.

ait sa propre politique«¹²⁷. Mochte auch das deutsche Volk die Versöhnung mit Frankreich auf ihre Fahnen geschrieben zu haben, so war die deutsche Regierung in den Augen de Gaulles offenbar zu den USA übergelaufen.¹²⁸ Erhard konnte sich mit dem de Gaulleschen Europabild nicht anfreunden. Europa müsse »ein gleichwertiger Partner für die Vereinigten Staaten sein«, meinte er Ende Juli in der Fraktion; ein »gleichmächtiger« werde es wegen des fehlenden Potentials nicht sein können. Wenn Europa nur das Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich umfasse, sei es »überflüssig«.¹²⁹

»In loser Form beginnen und dafür sorgen, dass sie ein festes Gerippe erhält«

Ungeachtet dieser fundamentalen Meinungsverschiedenheiten begann eine von Schröder eingesetzte Arbeitsgruppe nun mit der Ausarbeitung einer Initiative zur Politische Union.¹³⁰ Die Bitte Adenauers, einige Fraktionsmitglieder zur Beratung heranzuziehen, lehnte Erhard nach langem Zögern ab.¹³¹ Ende September billigte er das vom Auswärtigen Amt präsentierte Konzept¹³² und mahnte nach ersten Kritiken aus dem In- und Ausland¹³³ zur Bescheidenheit: »Man muss in loser Form beginnen, aber gleichzeitig in einer Übergangszeit dafür sorgen, dass diese lose Form mehr und mehr ein festes Gerippe erhält.« Grundlegend sei die Verständigung mit Frankreich.¹³⁴

Am 4. November übermittelte die Bundesregierung ihren Europa-Plan den EWG-Partnern. Das Dokument verband Anregungen für ein Abkommen über eine intergouvernemental angelegte außen-, verteidigungs- und kulturpolitische Zusammenarbeit mit einem supranational ausgerichteten Aktionsprogramm für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn erklärte sich dazu bereit, unter Aufgabe bestimmter Positionen der Fouchet-Pläne eine Versuchsphase außenpolitischer Kooperation zu vereinbaren und den Abschluss eines Staatsvertrages über eine Politische Union auf später zu verschieben. Zur Unterstützung der Regierungen sah das Papier einen beratenden Ausschuss als Keim-

127 Pressekonferenz de Gaulles, 23. Juli 1964, in: DERS., *Discours*, Bd. 4, S. 222–237, hier S. 228.

128 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 26. Aug. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 264.

129 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 29. Juli 1964.

130 Aufzeichnung Carstens, 10. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 806–808.

131 L-E-S, NL Erhard, I.1) 10+11, Adenauer an Erhard, 7. Sept. 1964; ebd., Erhard an Adenauer, 18. Sept. 1964.

132 AAPD 1964, 1091, Anm. 6; ACDP, NL Krone, I-028–076/1, Tb. Krone, 16. Sept. 1964.

133 BA, B 136, Bd. 6408, Schmücker an Erhard, 25. Sept. 1964; Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung vom 30. Sept./1. Okt. 1964, in: AAPD 1964, 1090–1100.

134 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1010/1, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 6. Okt. 1964.

zelle für ein späteres Gemeinschaftsorgan vor.¹³⁵ Indem die Bundesregierung ein schrittweises Vorgehen empfahl und kaum von supranationalen Elementen sprach, kam sie den französischen Wünschen weit entgegen. Allerdings stellte sich die Frage, ob die Beschränkung der Anregungen »auf ein Maß, das niemandem wehe tut und keinerlei zwingende Verbindlichkeit sichtbar macht«, der Initiative nicht von vornherein alle Kraft raubte.¹³⁶

Die ersten Reaktionen der Partner fielen ernüchternd aus: Italien und Luxemburg äußerten sich zustimmend, Belgien »anscheinend« positiv. Doch die Niederländer verlangten einmal mehr die Einbeziehung Großbritanniens. Und Frankreich machte eine Diskussion von einer Klärung der EWG-Agrarpolitik sowie des seit Monaten schwebenden Projekts der Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) abhängig.¹³⁷ Da die Bundesrepublik sich als einziges Mitglied der Sechsergemeinschaft bisher geweigert hatte, die Getreidepreise zu senken, drängte Paris auf eine Klärung des Problems bis spätestens Herbst und stellte ein Junktim zur Frage der Politischen Union her.¹³⁸ Mitte Oktober ließ de Gaulle verlautbaren, Frankreich werde die EWG verlassen, wenn der Agrarmarkt nicht innerhalb von zwei Monaten in der vereinbarten Form organisiert sei.¹³⁹ Wenige Tage später erklärte er in demonstrativer Abkehr von seiner bisherigen Haltung eine deutsch-amerikanische Vereinbarung über die MLF für unvereinbar mit dem Elysée-Vertrag.¹⁴⁰

Erhard hatte nie einen Hehl aus seiner Zustimmung zur MLF gemacht. Das von Frankreich angestrebte europäische Verteidigungsbündnis bot in seinen Augen keine Alternative.¹⁴¹ Eine finanzielle Beteiligung an der Force de frappe kam für ihn nicht in Frage, weil er einen Abzug der Amerikaner aus Europa befürchtete.¹⁴² Die Bonner »Gaullisten« mochten dem nicht zustimmen. Strauß und Adenauer forderten ihn auf, die Europäische Union mit Hilfe der deutsch-

135 Europa-Initiative der Bundesregierung, in: *Bulletin* 1964, S. 1535–1539.

136 *Frankfurter Neue Presse*, 9. Nov. 1964.

137 BA, B 136, Bd. 6408, Osterheld an »Minister«, 11. Nov. 1964; s. a. Klaißer an AA, 4. Nov. 1964, in: AAPD 1964, S. 1233–1235. Zur MLF vgl. Helga HAFTENDORN, *Das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht (MLF): Vademezum für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Strategie*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 54 (1995), S. 417–450; Burkard SCHMITT, *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966*, München 1998, S. 163–188; Chr. HOPPE (wie Anm. 21), S. 155–214; G.-H. SOUTOU (wie Anm. 99), S. 266–286.

138 Aufzeichnung Lahr, 24. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 874–877.

139 Conseil des Ministres, 21. Okt. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 265; ebd., 265 f., Tb. 21. Okt. 1964; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Okt. 1964; Unterredung zwischen Carstens und Couve de Murville vom 24. Okt. 1964, in: AAPD 1964, S. 1185 f.; Unterredung zwischen dens. vom 24. Okt. 1964, in: ebd., S. 1187–1192.

140 G.-H. SOUTOU (wie Anm. 99), S. 277–280.

141 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 526 f.; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 196 f.

142 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 12. Dez. 1964.

französischen Entente zu einer Atommacht mit deutscher Verfügungsberechtigung aufzubauen.¹⁴³ Demgegenüber riet Staatssekretär Karl Carstens vom Auswärtigen Amt dem Kanzler zur raschen Unterzeichnung eines MLF-Vertrags ohne Rücksicht auf Frankreich; zur Beruhigung de Gaulles empfahl er, ihm die Bereitschaft zur Festlegung eines gemeinsamen Getreidepreises im Juli 1967 zu signalisieren. Erhard stimmte zu und plante, Westrick nach Paris zu schicken. Doch Schröder lehnte dies ab.¹⁴⁴ Daraufhin schaltete sich Bundestagspräsident Gerstenmaier ein und verlangte vom Kanzler ein Machtwort in Sachen Agrarordnung und MLF.¹⁴⁵ Nachdem Erhard klargestellt hatte, er werde de Gaulles Sicherheitspolitik nicht folgen,¹⁴⁶ warf Gerstenmaier ihm öffentlich vor, die Bundesrepublik mit seiner proamerikanischen Politik in den Neutralismus zu führen. Auch Adenauer beklagte sich in der Presse über die deutsche Außenpolitik und provozierte damit eine scharfe Replik von Schröder.¹⁴⁷ Entsetzt über das innenpolitische Tohuwabohu am Rhein fragte sich die Regierung an der Seine, mit wem man in Bonn eigentlich noch sprechen könne.¹⁴⁸

Wollte er seiner Europa-Initiative nicht jede Chance der Verwirklichung rauben, musste Erhard de Gaulle in der Getreidepreiskehrfrage entgegenkommen. Ermuntert von den Amerikanern und von seinen Beratern,¹⁴⁹ erhob er die Angelegenheit zum »Test« für Europa¹⁵⁰ und erklärte sich im Bundeskabinett bereit, das Problem zu beseitigen.¹⁵¹ Trotz massiver Widerstände von seiten der FDP, aus den Reihen der CDU sowie von einzelnen Ministern,¹⁵² gab er nach einer Absprache mit dem Bauernverband über Ausgleichszahlungen für die deutschen Landwirte Ende November grünes Licht für die Senkung des

143 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 19. Okt. 1964; ebd., I.2) 13, Vermerk Blumenfeld, 20. Okt. 1964; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 20. Okt. 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 527–529.

144 Aufzeichnung Carstens, 30. Okt. 1964, in: AAPD 1964, S. 1199 f.

145 L-E-S, NL Erhard, I.2) 17, Gerstenmaier an Erhard, 2. Nov. 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 530.

146 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/1, Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 3. Nov. 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 530–532; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 194–196.

147 Interview Gerstenmaiers mit *Bild Zeitung*, 7. Nov. 1964; Interview Adenauers mit *Bild am Sonntag*, 6. Nov. 1964; Interview Schröders mit *Allgemeine Zeitung. Neuer Mainzer Anzeiger*, 9. Nov. 1964; J. BAUER (wie Anm. 87), S. 282–292.

148 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 22. Nov. 1964.

149 L-E-S, NL Erhard, NE 276, Hohmann an »Minister«, 2. Nov. 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 541.

150 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 9. Febr. 1965, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 813.

151 Lahr an Schröder, 25. Nov. 1964, in: AAPD 1964, S. 1394–1396.

152 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 22. Okt. u. 24. Nov. 1964; ebd., NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 9., 11. u. 30. Nov. 1964; Aufzeichnung Carstens St.S 1987/64, 30. Okt. 1964, in: AAPD 1964, S. 1199 f.

deutschen Getreidepreises.¹⁵³ Zwei Wochen später verständigte sich der EWG-Ministerrat auf eine entsprechende Regelung.¹⁵⁴

Die französische Regierung frohlockte und verlangte als nächsten Schritt die Verabschiedung von Marktordnungen für verschiedene Produkte sowie eine Vereinbarung über die Finanzierung des Agrarmarktes,¹⁵⁵ da das System der Beitragsleistungen an den Ausrichtungs- und Garantiefonds am 30. Juni 1965 auslief. Während die Brüsseler Einigung im Bundeskabinett eine »kühle Aufnahme«¹⁵⁶ fand, sah Erhard die Früchte seiner Europapolitik »jetzt heranreifen«.¹⁵⁷ Noch wichtiger als die Tatsache, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nun in die »Kennedy-Runde« einbezogen werden konnten,¹⁵⁸ war ihm das Signal an de Gaulle. Die Getreidepreisangleichung sei als »Geste gegenüber Frankreich« gemacht worden, »um in einer anderen Situation hart bleiben zu können«¹⁵⁹, ließ er verlauten. Der »Weg nach Europa« sei offen.¹⁶⁰ De Gaulle sah er in der Bringschuld¹⁶¹ und wählte sich im Besitz eines »Anspruch[es] auf ein [französisches] Entgegenkommen«¹⁶².

Im »Sonderkreis«, dem von Erhards Intimus Ministerialdirektor Hohmann im Oktober 1964 formierten Beratungszirkel,¹⁶³ plädierte man dafür, die Chance zur Verständigung mit Frankreich jetzt aktiv zu ergreifen und sich über etwaige Bedenken Schröders hinwegzusetzen. Einzelne Mitglieder des Zirkels neigten zu der Ansicht, einen europäischen Bundesstaat nur mit Hilfe der französischen Europakonzeption, nicht aber auf der Basis des Gemeinsamen Marktes erreichen zu können. Ein »deutsch-französischer Akkord« über die EWG¹⁶⁴

153 ACDP, NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 13. Nov. 1964; ebd., Vermerk Hüttenbräuer, 30. Nov. 1964; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 4. Dez. 1964; vgl. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 522–534; Fritz NEEF, *Entscheidung für Europa*, in: Gerhard SCHRÖDER u.a. (Hg.), *Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie, Festschrift zum 75. Geburtstag*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1972, S. 337–342.

154 Erklärung Schmücker, 1. Dez. 1964, in: *Bulletin* 1964, S. 1659 f.; AAPD 1964, S. 1396, Anm. 18.

155 Conseil des Ministres, 16. Dez. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 272 f.; Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 16. Dez. 1964, in: ebd., S. 273 f.

156 ACDP, NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 2. Dez. 1964.

157 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 27. Nov. 1964, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 740.

158 Stedtfeld an AA, 6. Mai 1964, in: AAPD 1964, S. 512–514.

159 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 12. Dez. 1964.

160 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/1, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 15. Dez. 1964.

161 Aufzeichnung Carstens, 30. Nov. 1964, in: AAPD 1964, S. 1413.

162 H. VON DER GROEBEN, Aufbaujahre (wie Anm. 38), S. 242; s. a. ACDP, NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 19. Dez. 1964.

163 L-E-S, NL Erhard, NE 560, Manuskript Hohmann »Der Sonderkreis«, o.D.; s. a. V. LAITENBERGER, (wie Anm. 1), S. 193.

164 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 5. Dez. 1964.

galt allerdings als ein nützliches Element der Deutschlandpolitik, um wirtschaftlich nach Osten zu strahlen.¹⁶⁵

Erhard und seine Ratgeber schätzten die Haltung de Gaulles falsch ein. Zwar schlug der Präsident nach außen hin nun einen konzilianteren Ton an.¹⁶⁶ Intern aber warf er der Bundesregierung Verrat am Geist des deutsch-französischen Vertrags und an Europa vor.¹⁶⁷ Gewiss, auch er wollte sich à la longue nicht mit der wirtschaftlichen Integration zufrieden geben.¹⁶⁸ Doch die deutsche Europainitiative schien ihm als Diskussionsgrundlage nur bedingt brauchbar.¹⁶⁹ Gleichwohl nährte er des Kanzlers Hoffnungen, indem er ihn für den nächsten deutsch-französischen Gipfel nicht in den Elysée, sondern in die Abgeschiedenheit des königlichen Jagdschlusses von Rambouillet einlud.¹⁷⁰ In Erhards Umgebung dachte man – ohne Erfolg – darüber nach, gewissermaßen als Gegenleistung die Mitfahrt von Schröder zu verhindern oder Frankreich in der Frage der gemeinsamen Verteidigung entgegenzukommen.¹⁷¹ Auch ohne derartige Konzessionen endete das Treffen am 19./20. Januar 1965 mit einem gewissen Erfolg. De Gaulle billigte die deutsche Europainitiative mit Ausnahme des supranationalen Ausschusses und gab seine Bereitschaft zu erkennen, eine von Erhard geplante Außenministerkonferenz zu unterstützen. Für Anfang Juli fasste man eine Zusammenkunft der Regierungschef ins Auge.¹⁷²

165 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 30. Jan. 1965.

166 Rede de Gaulles in Straßburg, 22. Nov. 1964, in: Ch. DE GAULLE, *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 312–316; BA, NL Carstens, Bd. 624, Klaiber an AA, 21. Nov. 1964; ebd., Abt. 2, Ref.7 im AA an Staatssekretär, 23. Nov. 1964.

167 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 18. Nov. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 270.

168 Maurice VAÏSSE, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998, S. 546.

169 Unterredung zwischen Couve de Murville und Schröder vom 9. Dez. 1964, in: AAPD 1964, S. 1470–1473.

170 *Der Spiegel*, 1965, Nr. 5, S. 15.

171 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 7. Jan. 1965. Mitte Januar rieten französische Diplomaten von einer Diskussion über die Verteidigungspolitik ab, da die Haltung des Generals nach wie vor auf die »NATO-Auflösung« abziele (ebd., Sitzung des »Sonderkreises« vom 16. Jan. 1965).

172 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 19. Jan. 1965, in: AAPD 1965, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Mechthild LINDEMANN und Ilse Dorothee PAUTSCH, München 1996, S. 101–120; Unterredung zwischen dens. vom 20. Jan. 1965, in: ebd., S. 140–151; Unterredung zwischen dens. vom 20. Jan. 1965, in: ebd., S. 151–158; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 19. Jan. 1965, in: ebd., S. 121–130; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 138–143. M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 546, behauptet irrtümlich, de Gaulle habe nur dem Gipfel zugestimmt.

»Erhard ist ein Träumer, der nichts von Außenpolitik versteht«

Anders als Erhard es glaubte, war der Fortsetzung der europäischen Einigung damit jedoch keine »Bresche« geschlagen.¹⁷³ Anfang Februar zerstörte de Gaulle die Harmonie auf einer Pressekonferenz mit der These, »le problème allemand est, par excellence, le problème européen«; folglich müsse dessen Lösung primär eine Aufgabe der Europäer sein.¹⁷⁴ Er antwortete damit auf das Bemühen Schröders, die Angelsachsen für eine aktivere Wiedervereinigungspolitik zu gewinnen,¹⁷⁵ ein Unterfangen, das seines Erachtens zum Scheitern verurteilt war, solange die Sowjetunion den osteuropäischen Satelliten die Freiheit vorenthielt.¹⁷⁶ Zunächst reagierte Bonn auf diesen Vorstoß mit Genugtuung,¹⁷⁷ zumal Paris die Viermächteverantwortung ausdrücklich nicht in Frage stellte.¹⁷⁸ Dann aber setzte sich bei Schröder und Erhard die Auffassung durch, de Gaulle wolle die Aufhebung der deutschen Teilung auf unbestimmte Zeit vertagen. Als der General versuchte, die europäische Dimension des Problems in einer Deutschland-Erklärung der Westmächte zu verankern,¹⁷⁹ stellte Erhard Anfang Mai klar: »Eine ›Europäisierung‹, die praktisch zur Folge haben könnte, dass die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit Garanten minderen Rechts und Ranges wären, lehnt die Bundesregierung als indiskutabel ab.«¹⁸⁰

Auch in der Sicherheitspolitik ging der Kanzler trotz des Siechtums der MLF¹⁸¹ jetzt auf einen Konfrontationskurs.¹⁸² Die Reaktion aus Paris folgte postwendend. Als Italien Mitte März zu der Außenministerkonferenz nach Venedig einlud,¹⁸³ machte de Gaulle seine Zustimmung von einem Erfolg der Veranstaltung abhängig. Im Grunde lehnte er ein solches Treffen ab, weil er

173 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/1, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 26. Jan. 1965.

174 Pressekonferenz de Gaulles, 4. Febr. 1965, in: Ch. DE GAULLE, *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 325-342, hier S. 338.

175 Siehe die Dokumente in: AAPD 1964, Nr. 353 u. 387.

176 Conseil des Ministres, 23. Dez. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 275.

177 Unterredung zwischen Erhard und McGhee vom 8. Febr. 1965, in: AAPD 1965, S. 265-267.

178 BA, NL Carstens, Bd. 625, Klaiber an AA, 5. Febr. 1965; ebd., ders. an dass., 5. Febr. 1965.

179 die Dokumente in: AAPD 1965, Nr. 130, 155, 186-188 u. 193.

180 Interview Erhards mit *Berliner Morgenpost*, 1. Mai 1965; s. a. Unterredung zwischen dems. und McGhee vom 5. Mai 1965, in: AAPD 1965, S. 793 f.

181 H. HAFENDORN, *Projekt* (wie Anm. 137), S. 430-445; Chr. HOPPE (wie Anm. 21), S. 214-250; B. SCHMITT (wie Anm. 137), S. 188-206.

182 L-E-S, NL Erhard, NE 335, Informationsgespräch zwischen Erhard und Sulzberger vom 9. Febr. 1965.

183 Schröder an Erhard, 9. März 1965, in: AAPD 1965, S. 480-482; Erhard an Schröder, 16. März 1965, in: ebd., S. 520; BA, B 136, Bd. 6408, Fanfani an Schröder, 11. März 1965; ebd., Schröder an Erhard, 18. März 1965; ebd., Erhard an Schröder, 19. März 1965.

die Sechsergemeinschaft noch nicht reif für die politische Kooperation hielt.¹⁸⁴ In Bonn läuteten erneut die Alarmglocken. Sondierungen der von Schröder angerufenen Regierung in Rom, inwieweit die Außenministerkonferenz von Sachverständigen vorbereitet werden könnte, gingen negativ aus.¹⁸⁵ Adenauer behauptete im Bundesvorstand der CDU, die Bemühungen des Kanzleramtes um die europäische Union würden vom Auswärtigen Amt »systematisch kaputtgemacht«. Schröder habe sowohl ihn als auch Erhard »beschwindelt«.¹⁸⁶ Der Kanzler nahm den Außenminister zwar in Schutz, beauftragte aber umgehend Staatssekretär Lahr, ihm in schriftlicher Form die Entwicklung der politischen Einigungsschritte in den letzten drei Monaten darzustellen.¹⁸⁷ Westrick veranlasste eine beschleunigte Überprüfung, wie stark die deutschen Bataillone bei den kommenden Agrarverhandlungen in Brüssel seien und welche Möglichkeiten es gebe, an der Außenministerkonferenz festzuhalten.¹⁸⁸

Obwohl Erhard und Adenauer sich in persönlichen Botschaften bei ihm für eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs eingesetzt hatten, lehnte de Gaulle den Vorschlag Mitte April ab.¹⁸⁹ Wenige Wochen später wies er jegliche Form der Integration öffentlich ab.¹⁹⁰ Für den schlechten Zustand der deutsch-französischen Beziehungen machte der Präsident allein die Bundesregierung verantwortlich, weil sie den Elysée-Vertrag durch die Präambel neutralisiert habe.¹⁹¹ Tief enttäuscht über das Abrücken des Generals von den Abmachungen von Rambouillet, beschloss der Kanzler, härter gegen ihn vorzugehen.¹⁹² Gereizt stellte er klar, eine Politik, die Deutschland zu einem »französisch-russischen Protektorat« degradiere, werde er nicht unterstützen.¹⁹³

Auch unter den Bonner »Gaullisten« wuchs ob der »sehr gefährlichen [...] Schritte«¹⁹⁴, die Frankreich im NATO-Bereich anbahnte, der Unmut. Die Bun-

184 BA, B 136, Bd. 6408, Unterredung zwischen de Gaulle und Klaiber vom 30. März 1965; Klaiber an AA, 30. März 1965, in: AAPD 1965, S. 636–638; ders. an dass., 30. März 1965, in: ebd., S. 639–642; M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 546 f.

185 BA, B 136, Bd. 6408, Voigt an Schröder, 1. April 1965.

186 Erklärungen Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 28. März 1965, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 898 u. S. 904.

187 BA, B 136, Bd. 6408, Voigt an Schröder, 1. April 1965.

188 BA, B 136, Bd. 6408, Vermerk Mercker, 2. April 1965.

189 De Gaulle an Erhard, 13. April 1965, in: DE GAULLE, *Lettres*, Bd. 10, S. 147 f.; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 184 f.; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 561.

190 Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 27. April 1965, in: de Gaulle, *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 354–358.

191 Unterredung zwischen Couve de Murville und Schröder vom 24. Mai 1965, in: AAPD 1965, S. 864–878; M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 578.

192 L-E-S, NL Erhard, I.2) 12, Erhard an Barzel, 23. April 1965; *General-Anzeiger*, 5. Mai 1965.

193 Unterredung zwischen Erhard und McGhee vom 5. Mai 1965, in: AAPD 1965, S. 792–795, hier S. 794.

194 BA, NL Carstens, Bd. 652, Aufzeichnung Carstens, 27. Mai 1965.

desregierung dürfe dem »Entweder-Oder de Gaulles« nicht folgen, hieß es.¹⁹⁵ Allein die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien schienen beharrlich an der engen Bindung zu Frankreich festzuhalten. Adenauer sah sein Lebenswerk in Gefahr und empfahl, beim nächsten Regierungstreffen die kontroversen Themen auszuklammern.¹⁹⁶ Strauß warnte vor einer »außenpolitischen Isolierung« und proklamierte eine europäische nukleare Abschreckung als Voraussetzung für eine Entspannungspolitik, die die Teilung des Kontinents überwinde und ein befriedetes »Europa vom Atlantik bis zum Ural« schaffe.¹⁹⁷

Während Schröder nun mehr oder minder offen über eine Abkehr von Frankreich nachdachte,¹⁹⁸ hielt Erhard an der Politik der Verständigung fest,¹⁹⁹ ohne jedoch einen Deut von seinen europapolitischen Maximen abzurücken. Mitte Juni kam er mit dem General in Bonn überein, die Gipfelkonferenz der Sechs doch noch vor Jahresfrist einzuberufen, sobald die Verhandlungen über die europäische Agrarpolitik erledigt seien. Mit Blick auf jüngste Vorschläge der EWG-Kommission zur Übertragung eigener Mittel auf die Sechsergemeinschaft und zur Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat verständigten sie sich außerdem, dass der Rat die entscheidende Instanz bleiben müsse.²⁰⁰ Schröder machte die Vereinbarungen wieder zunichte, indem er mit einem Kompromissvorschlag zur Agrarfinanzierung aufwartete, der sogar dem Bundeskabinett suspekt erschien.²⁰¹ De Gaulle meldete zu allen Zusagen Vorbehalte an²⁰² und fühlte sich in seiner Auffassung bestätigt, dass Erhard die Regierungsgeschäfte nicht im Griff habe.²⁰³

Zwei Wochen später brach Frankreich in der EWG die »Politik des leeren Stuhls« vom Zaun. Schon Ende Mai hatte Außenminister Couve de Murville de Gaulle den Vorschlag unterbreitet, die europäischen Institutionen nach einem provozierten Eklat solange zu boykottieren, bis die Probleme sich im Sin-

195 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 5. Mai 1965; s. a. ebd., Tb. Krone, 4. Mai 1965; L-E-S, I.2) 17, zu Guttenberg an Erhard, 19. Mai 1965.

196 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 28. April, 30. April-2. Mai 1965, 16. u. 18. Mai 1965; L-E-S, NL Erhard, I.1) 10+11, Adenauer an Erhard, 28. Mai 1965.

197 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 25. Mai 1965; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 566.

198 BA, NL Carstens, Bd. 652, Vermerk Schröders, 7. Juni 1965; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8. Juni 1965.

199 L-E-S, NL Erhard, I.2) 17, de Gaulle an Erhard, 7. Mai 1965; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 21. Mai 1965.

200 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 11. Juni 1965, in: AAPD 1965, S. 1016-1025; Vorschläge der EWG-Kommission, 31. März 1965, in: *Europa-Archiv* 1965, D404-417.

201 Aufzeichnung Lahr, 12. Juni 1965, in: AAPD 1965, S. 1039 f.

202 Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 12. Juni 1965, in: AAPD 1965, S. 1041-1044.

203 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 15. Juni 1965, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 287 f.

ne Frankreichs lösten. Jetzt setzte er diesen Schritt nach einem undurchsichtigen Verwirrspiel²⁰⁴ mit dessen Einwilligung um.²⁰⁵ De Gaulles Philippika kam für die Bundesregierung in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes natürlich zur Unzeit. Entgegen der allgemein vorherrschenden Stimmung, die Frankreich auf die Anklagebank setzte, brachten die deutschen »Gaullisten« dem Vorgehen des Generals Verständnis entgegen oder mahnten aus Furcht vor dessen ostpolitischen Avancen zumindest zur Rücksicht.²⁰⁶ In einer ressortübergreifenden Abstimmung sprachen sich die Bundesministerien Anfang Juli dafür aus, Frankreichs Interesse an der Agrarfinanzierung nutzbar zu machen, um den eigenen Wunsch nach einer gleichgewichtigen Entwicklung in anderen Bereichen der Europapolitik durchzusetzen.²⁰⁷ Potentielle Handlungsspielräume abtastend, unternahm die EWG-Kommission kurz darauf einen ersten Schritt zur Wiederannäherung und legte ein Memorandum zur Agrarfrage vor, das sich dem Standpunkt Frankreichs annäherte.²⁰⁸ Erhard missfiel das Papier, da es die deutschen Vorstellungen »völlig unberücksichtigt« gelassen hatte; daher hielt er auch eine vom Auswärtigen Amt angeregte deutsch-französische Tuchfühlung für abwegig.²⁰⁹ Auf Bitten von Carstens stimmte Westrick der Kontaktaufnahme dann doch zu.²¹⁰ Aus dem Anfang September stattfindenden Gespräch mit Premierminister Pompidou schlussfolgerte der deutsche Botschafter Klaiber, Frankreich wolle die EWG nicht zum Scheitern verurteilen, aber die supranationale Fortentwicklung verhindern.²¹¹

Zunächst einmal standen die Zeichen jedoch auf Sturm. In seiner Verbitterung verweigerte der General dem Kanzler sogar zunächst die obligatorischen Glückwünsche zu dessen Sieg bei den Bundestagswahlen Mitte September.²¹²

204 Vermerk Lahrs, 23. Juni 1965, im Auszug in: AAPD 1965, S. 1102, Anm. 6; *Die Welt*, 25. Juni 1965.

205 Conseil des Ministres, 1. Juli 1965, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 288–290; Aufzeichnung Lahr, 3. Juli 1965, in: AAPD 1965, S. 1101–1105; Unterredung zwischen Schröder und Seydoux vom 3. Juli 1965, in: ebd., S. 1105–1113; Aufzeichnung Lahr, 5. Juli 1965, Geheim, in: ebd., S. 1113–1118; Rolf LAHR, *Zeuge von Aufstieg und Fall. Private Briefe 1934–1974*, Hamburg 1984, S. 425–432; M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 555 f.

206 BA NL zu Guttenberg, Bd. 47, Strauß an zu Guttenberg, 5. Febr. 1966; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 211 f.

207 ACDP, NL Schwarz, I–211–001/1, »Aufzeichnung zum Verhandlungsstand in der EWG«, 5. Juli 1965.

208 Vorschläge der EWG-Kommission, 22. Juli 1965, in: AdG 1965, S. 11987–11989; ACDP, NL Schröder, Aufzeichnung Lahr, 23. Juli 1965; Unterredung zwischen Schröder und Spaak vom 26. Juli 1965, in: AAPD 1965, S. 1269–1278.

209 BA, B 136, Bd. 6408, Vermerk Westrick, 2. Aug. 1965.

210 BA, B 136, Bd. 6408, Westrick an Erhard, Vermerk, 19. Aug. 1965; ebd., ders. an Carstens, 26. Aug. 1965.

211 Klaiber an AA, 2. Sept. 1965, in: AAPD 1965, S. 1397–1400.

212 Conseil des Ministres vom 22. Sept. 1965, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 302 f.

Für eine gemeinsame Politik mit der »bande Schröder, Erhard, etc.« fehlte vorerst jegliche Basis.²¹³ Aus dem ambitiösen Verhalten der Kommission – Präsident Hallstein und sein Vize Mansholt wurden in de Gaulles Umgebung mit Hitler verglichen²¹⁴ – sowie aus der Reaktion der EWG-Staaten auf sein Angebot zum Aufbau eines »europäischen Europa« hatte der General den Schluss gezogen, dass Frankreich seine Interessen nur im Alleingang werde durchsetzen können.²¹⁵ In einer in ihrem aggressiven Ton kaum zu überbietenden Pressekonferenz – gewiss auch Ausdruck der nahenden Präsidentschaftswahlen – stellte er dem Projekt einer europäischen Föderation, in der ein »aréopage technocratique, apatriote et irresponsable« regieren würde, den Plan einer organischen Zusammenarbeit der Staaten in einer Konföderation gegenüber. Die Mitarbeit in Brüssel werde Frankreich erst dann wieder aufnehmen, wenn die Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt akzeptiert sowie der Anspruch auf Supranationalität fallengelassen worden und die Möglichkeit gegeben sei, das vorgesehene Mehrheitsprinzip im Ministerrat durch ein Veto auszuschalten.²¹⁶

Nicht weniger scharf zogen die »Gaullisten« in Bonn über die Frankreichpolitik der Bundesregierung her. »Erhard ist ein Träumer, der von Außenpolitik nichts versteht«, wettete Adenauer.²¹⁷ In der Fraktion warnte er vor einem »stillschweigenden Abkommen« zwischen Washington und Moskau und unterstrich die Ohnmacht der Bundesrepublik gegenüber den drei nuklear gerüsteten »Nachbarn« Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion.²¹⁸ Strauß befürchtete eine Wendung Frankreichs nach Osten, wenn die Bundesrepublik den Elysée-Vertrag nicht durchführe, und forderte den Kanzler offen auf, die Wiederernennung Schröders zum Außenminister zu verhindern. Doch Erhard mochte davon nichts wissen. Eine Verständigung mit Frankreich auf Kosten der anderen EWG-Partner und der USA durfte es nicht geben. Dass französische Politiker auf die »russische Karte« setzten, ließ ihn ungerührt.²¹⁹ Wenn seine innerparteilichen Widersacher glaubten, Europa mit der Force de frappe verteidigen zu können, hingen sie seines Er-

213 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 13. Okt. 1965, in: ebd., S. 303 f., hier S. 304.

214 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 28. Juli 1965, in: ebd., S. 296 f.

215 Rede Couve de Murvilles in der Assemblée Nationale, 20. Okt. 1965, im Auszug in: AdG 1965, S. 12125 f.; BA, B 136, Bd. 6408, Klaiber an AA, FS Nr. 1559, 22. Okt. 1965, Cito, Verschlüsselt.

216 Pressekonferenz de Gaulles, 9. Sept. 1965, in: DERS., *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 372–392, hier S. 379.

217 Zitiert nach: H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 273, Tb. 23. Dez. 1965.

218 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII–001–1010/2, Erklärung Adenauers in der CDU/CSU-Fraktion, 20. Okt. 1965; s. a. R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 211.

219 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 8. Okt. 1965 (mit Marginalie Erhards).

achtens einer Utopie an.²²⁰ »Kein Land, das über Atomwaffen verfügt, ist bereit, ein anderes Land, daran teilhaben zu lassen. Es kann sich immer nur um Beteiligung handeln.«²²¹

»Die Illusion vom integrierten Europa ist zerstoßen«

In Übereinstimmung mit den Partnern der EWG hielt der Kanzler es für unabdingbar, die EWG-Krise getreu den Römischen Verträgen und »im Rahmen der bestehenden Organe der Gemeinschaft« zu lösen.²²² Ende Januar 1966 endete der Konflikt nach diversen Beratungsrunden des EWG-Ministerrates und einem »Sieg zweiter Klasse«²²³ de Gaulles bei den Präsidentschaftswahlen mit einem beide Streitparteien gleichermaßen unbefriedigenden Kompromiss, dem Luxemburger Dissens.²²⁴

In der Union baten die »Gaullisten« den Kanzler inständig darum, sich mit dem General ins Benehmen zu setzen.²²⁵ Selbst im »Sonderkreis« sprach man sich dafür aus, den Franzosen nicht ständig Paroli zu bieten. Auch die Opferung Hallsteins wurde erwogen.²²⁶ Der Kanzler blieb jedoch Gefangener seiner fixen Idee, der Präsident strebe die »franz[ösische] Hegemonie« an.²²⁷ Gleichwohl gelang es ihm Anfang Februar, mit de Gaulle das Thema der europäischen politischen Kooperation erneut aufs Tapet zu bringen.²²⁸ Obwohl die Niederlande umgehend verlautbarten, eine Europainitiative könne nur langfristig zum Erfolg führen, neigte man im Kanzleramt dazu, die Flinte nicht

220 L-E-S, NL Erhard, NE 316, Erhard an Strauß, Oktober 1965 (Entwurf); V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 583 f.

221 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/2, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 20. Okt. 1965; s. a. R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 211.

222 Sachs an AA, 28. Okt. 1965, in: AAPD 1965, S. 1689, Anm.2; s. a. ACDP, NL Schröder, I-483-087/2, Erhard an Schröder, 23. Okt. 1965.

223 *Der Spiegel*, 1965, Nr. 53, S. 38.

224 Runderlass Lahrs, 31. Jan. 1966, in: AAPD 1966, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Matthias PETER und Harald ROSENBACH, München 1997, S. 114–118; Ernst KOBBERT, *Eine stille ›Revision‹ der EWG. Hat der Luxemburger Kompromiss die Gemeinschaft verwandelt?* In: *Europa-Archiv* 1966, S. 119 f.

225 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/2, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 25. Jan. 1966; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 4. Febr. 1966.

226 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 4. (?) Febr. [1966]. Zur Antipathie de Gaulles gegenüber Hallstein vgl. Wilfried LOTH, *Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation*, in: W. LOTH/W. WALLACE/W. WESSELS (Hg.), *Walter Hallstein* (wie Anm. 9) S. 171–188; VAISSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 548.

227 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 5. Febr. 1966 (Marginalie Erhards); s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 595 f.

228 BA, NL Carstens, Bd. 555, Carstens an Schröder, 2. Febr. 1966, nebst Anlage; Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 7. Febr. 1966, in: AAPD 1966, S. 145–158; Unterredung zwischen dens. vom 8. Febr. 1966, in: ebd., S. 171–178; Gemeinsam vereinbarte Richtlinie der deutsch-französischen Arbeitsgespräche, 7./8. Febr. 1966, in: AdG 1966, S. 12326B.

ins Korn zu werfen.²²⁹ Wenig später verblüffte Erhard die Öffentlichkeit mit dem Bekenntnis, vielleicht habe man in der Europapolitik bisher »zu sehr in bestimmten Formen« gedacht, während jetzt mehr »praktische Schritte« gefragt seien. Er empfahl eine Revitalisierung der EWG und regte Beratungen auf der Ebene der Außenminister mit dem Ziel späterer Treffen der Regierungschefs an.²³⁰ Mochte er auch bald darauf vollmundig verkünden, man könne den Bau des »europäische[n] Haus[es]« mit dem nötigen politischen Willen sehr wohl vollenden,²³¹ so gerieten diese zaghaften Bemühungen doch umgehend in den Schatten der Moskareise de Gaulles vom Juni,²³² des französischen Austritts aus der militärischen Integration der NATO Anfang Juli²³³ und der Ende desselben Monats abgeschlossenen Agrarverhandlungen.²³⁴

Da das Fundament für eine Behandlung der deutschen Europainitiative anschließend vollends zerstört schien, vollzog Erhard eine gewisse Kehrtwende, legte die Frage der politischen Integration auf Eis und konzentrierte sich auf die ökonomische Annäherung der europäischen Wirtschaftsblöcke.²³⁵ Innerparteiliche Kritiker und Journalisten warfen ihm umgehend vor, er habe dem Dogma der politischen Einigung abgeschworen.²³⁶ Natürlich wehrte sich der Kanzler gegen den Tadel.²³⁷ Letztlich musste er sich aber eingestehen, dass er mit seinen Bemühungen nur »Undank« geerntet hatte.²³⁸ »Die Illusion vom integrierten Europa ist genau so zerstoßen wie die von der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Politik der Stärke«, hieß es in der Presse.²³⁹

229 BA, B 136, Bd. 6408, Osterheld an Erhard, 23. Febr. 1966.

230 Pressekonferenz Erhards, 25. Febr. 1966, in: *Bulletin* 1966, S. 213–216.

231 Bundestagsrede dess., 25. Mai 1966, in: BT, Sten. Ber., Bd. 61, S. 2027–2029, hier S. 2028.

232 Jacques BARIÉTY, *Die französisch-sowjetische Annäherung. De Gaulles Reise nach Moskau im Jahre 1966 und die »Deutsche Frage«*, in: Peter WEILEMANN/Hanns Jürgen KÜSTERS/Günter BUCHSTAB (Hg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn u.a. 1999, S. 243–254.

233 Frédéric BOZO, *Deux stratégies pour l'Europe. De Gaulle, les Etats-Unis et l'Alliance atlantique, 1958–1969*, Paris 1996, S. 133–151; DERS., *Chronique d'une décision annoncée: le retrait de l'organisation militaire (1965–1967)*, in: Maurice VAISSE/Pierre MÉLANDRI/Frédéric BOZO (Hg.), *La France et l'OTAN 1949–1996*, Brüssel 1996, S. 331–358; Helga HAF-TENDORN, *Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67. Nuclear History Program (NHP)*, Baden–Baden 1994.

234 Aufzeichnung Lahr, 25. Juli 1966, in: AAPD 1966, S. 992–994; AdG 1966, S. 12497B–12499.

235 Deutsch-norwegische Regierungsbesprechung vom 29./30. Aug. 1965, in: AAPD 1966, S. 1117–1123; Deutsch-schwedische Regierungsbesprechung vom 2. Sept. 1965, in: ebd., S. 1129 f. u. S. 1132–1139.

236 ACDP, NL Krone, I-028–076/1, Tb. Krone, 5. Sept. 1966; *Stuttgarter Zeitung*, 6. Sept. 1966.

237 L-E-S, NL Erhard, NE 270, Informationsgespräch Erhards mit Chefredakteuren, 6. Sept. 1966; BA, B 136, Bd. 6408, Lahr an ausländische Missionen, 13. Sept. 1966; ebd., Schröder an Erhard, 16. Sept. 1966.

238 *Neue Zürcher Zeitung*, 7. Sept. 1966.

Das Problem der Option zwischen den beiden wichtigsten Bündnispartnern, das Spannungsverhältnis zwischen der nationalen Renaissance in Europa und der Zementierung der deutschen Teilung, die Blockade der europäischen Bewegung – all das führte in der Bundesrepublik im Spätsommer zu einer gewissen »Orientierungslosigkeit«²⁴⁰. Das Verhältnis zu den USA und zu Frankreich war beschädigt, wenn nicht zerrüttet. Erhards wohlmeinende Formel vom »Europa der Freien und der Gleichen« hatte sich als Utopie erwiesen. Die Bundesrepublik stand in der Gefahr, »isoliert zu werden«²⁴¹.

Die Stagnation in der Europapolitik besaß mutatis mutandis zwei Ursachen, die beide das deutsch-französische Verhältnis berührten: Während Frankreich durch den Zerfall der Bipolarität beträchtlichen Spielraum gewann, büßte die Bundesrepublik vor dem Hintergrund einer veränderten Machtstruktur auf internationaler Ebene erheblich an Einfluss ein. Während de Gaulle darauf hinwirkte, eine die Nationalstaatlichkeit bewahrende »Europe européenne« als gleichberechtigten Partner der Weltmächte USA und Sowjetunion zu etablieren, strebte Erhard ein supranational integriertes »Europa der Freien und Gleichen« als gleichwertigen Bundesgenossen in der Atlantischen Gemeinschaft an. Trotz partieller Berührungspunkte waren die eher machtpolitische französische und die mehr wirtschaftlich ausgerichtete deutsche Konzeption unvereinbar. Sie wirkten wie zwei aneinander gesetzte Pyramiden, die sich trotz ihres gemeinsamen Fundamentes mit zunehmender Höhe immer weiter voneinander entfernten. In seinem ostensiblen Missionsbewusstsein²⁴² hatte Erhard geglaubt, die Gesetze der Machtpolitik ausschalten zu können. Er sollte sich täuschen. Obwohl von den Christdemokraten im März zum Vorsitzenden ernannt, trieb die Partei ihre einst so beliebte Wahlkampflokomotive Ende November aufs Abstellgleis.²⁴³ Erhards Versuch, »Europa aus der Lethargie herauszureißen«²⁴⁴, war gescheitert.

239 *Süddeutsche Zeitung*, 24. Okt. 1966.

240 K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 24.

241 H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 338; vgl. K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 179.

242 K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 231–240.

243 H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 297–301 u. S. 363–381; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 592–601 u. S. 613–649; K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 202–231.

244 L-E-S, NL Erhard, NE 274, Rede Erhards vor der Europa-Union Deutschlands, 13. April 1964.